

§ 3. In Abweichung von Paragraph 2 üben in Artikel 43 § 5bis Absatz 1 des Gesetzes vom 15. Juni 1935 über den Sprachengebrauch in Gerichtsangelegenheiten erwähnte Staatsanwälte ihr Amt vorrangig in Bezug auf Beschuldigte aus, die einen Sprachwechsel oder eine Verweisung gemäß den Artikeln 15 § 2 und 16 § 2 und 3 desselben Gesetzes beantragt haben. Sie üben die Strafverfolgung beim französischsprachigen Gericht von Brüssel nach erfolgter Anwendung des vorerwähnten Artikels 16 § 2 und 3, vorkommendenfalls infolge der Verweisung aufgrund dieser Bestimmung, und bei dem in Artikel 15 desselben Gesetzes erwähnten Polizeigericht, und nach erfolgter Verweisung durch Letzteres gemäß dem vorerwähnten Artikel 15 § 2 beim französischsprachigen Polizeigericht von Brüssel aus. Sie unterstehen weiterhin der hierarchischen Leitung des Prokurators des Königs von Brüssel, sind aber der Amtsgewalt des Prokurators des Königs von Halle-Vilvoorde unterstellt, was die Anwendung der Richtlinien und Anweisungen im Bereich der Kriminalpolitik betrifft. ' ».

B.3. Im vorliegenden Fall sind die in B.1 dargelegten Anforderungen nicht erfüllt, da weder die Klageschrift noch der Begründungsschriftsatz deutlich macht, wie die angefochtene Bestimmung die klagende Partei unmittelbar und in ungünstigem Sinne betreffen könnte, oder es ermöglicht, die genaue Tragweite des einzigen vorgebrachten Klagegrunds zu erkennen.

B.4. Die Nichtigkeitsklage ist offensichtlich unzulässig.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof, beschränkte Kammer,
einstimmig entscheidend,
weist die Nichtigkeitsklage zurück.

Verkündet in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, in der öffentlichen Sitzung vom 20. Dezember 2012.

Der Kanzler,
F. Meersschant

Der Präsident,
R. Henneuse

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2013/00051]

30 JUIN 1994. — Loi transposant en droit belge la directive européenne du 14 mai 1991 concernant la protection juridique des programmes d'ordinateur. — Coordination officielle en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officielle en langue allemande de la loi du 30 juin 1994 transposant en droit belge la directive européenne du 14 mai 1991 concernant la protection juridique des programmes d'ordinateur (*Moniteur belge* du 27 juillet 1994), telle qu'elle a été modifiée successivement par :

— la loi du 9 mai 2007 relative aux aspects civils de la protection des droits de propriété intellectuelle (*Moniteur belge* du 10 mai 2007, *err.* du 15 mai 2007);

— la loi du 10 mai 2007 relative aux aspects de droit judiciaire de la protection des droits de propriété intellectuelle (*Moniteur belge* du 10 mai 2007, *err.* du 14 mai 2007);

— la loi du 15 mai 2007 relative à la répression de la contrefaçon et de la piraterie de droits de propriété intellectuelle (*Moniteur belge* du 18 juillet 2007).

Cette coordination officielle en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2013/00051]

30 JUNI 1994. — Wet houdende omzetting in Belgisch recht van de Europese richtlijn van 14 mei 1991 betreffende de rechtsbescherming van computerprogramma's. — Officieuze coördinatie in het Duits

De hiernavolgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van de wet van 30 juni 1994 houdende omzetting in Belgisch recht van de Europese richtlijn van 14 mei 1991 betreffende de rechtsbescherming van computerprogramma's (*Belgisch Staatsblad* van 27 juli 1994), zoals ze achtereenvolgens werd gewijzigd bij :

— de wet van 9 mei 2007 betreffende de burgerrechtelijke aspecten van de bescherming van intellectuele eigendomsrechten (*Belgisch Staatsblad* van 10 mei 2007, *err.* van 15 mei 2007);

— de wet van 10 mei 2007 betreffende de aspecten van gerechtelijk recht van de bescherming van intellectuele eigendomsrechten (*Belgisch Staatsblad* van 10 mei 2007, *err.* van 14 mei 2007);

— de wet van 15 mei 2007 betreffende de bestraffing van namaak en piraterij van intellectuele eigendomsrechten (*Belgisch Staatsblad* van 18 juli 2007).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2013/00051]

30. JUNI 1994 — Gesetz zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie vom 14. Mai 1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen in belgisches Recht — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Gesetzes vom 30. Juni 1994 zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie vom 14. Mai 1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen in belgisches Recht, so wie es nacheinander abgeändert worden ist durch:

— das Gesetz vom 9. Mai 2007 über die zivilrechtlichen Aspekte des Schutzes der geistigen Eigentumsrechte,

— das Gesetz vom 10. Mai 2007 über die gerichtsverfahrensrechtlichen Aspekte des Schutzes der geistigen Eigentumsrechte (*Belgisches Staatsblatt* vom 14. Januar 2008),

— das Gesetz vom 15. Mai 2007 über die Ahndung der Nachahmung und der Piraterie von geistigen Eigentumsrechten (*Belgisches Staatsblatt* vom 6. November 2008).

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

MINISTERIUM DER JUSTIZ

30. JUNI 1994 — Gesetz zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie vom 14. Mai 1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen in belgisches Recht

Artikel 1 - Gemäß der Richtlinie 91/250/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen werden Computerprogramme, einschließlich des Entwurfsmaterials zu ihrer Vorbereitung, urheberrechtlich geschützt und literarischen Werken im Sinne der Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst gleichgesetzt.

Art. 2 - Computerprogramme werden geschützt, wenn sie individuelle Werke in dem Sinne darstellen, dass sie das Ergebnis der eigenen geistigen Schöpfung ihres Urhebers sind. Zur Bestimmung ihrer urheberrechtlichen Schutzfähigkeit sind keine anderen Kriterien anzuwenden.

Der gemäß vorliegendem Gesetz gewährte Schutz gilt für alle Ausdrucksformen von Computerprogrammen. Ideen und Grundsätze, die irgendeinem Element eines Computerprogramms zugrunde liegen, einschließlich der den Schnittstellen zugrunde liegenden Ideen und Grundsätze, sind nicht urheberrechtlich geschützt.

Art. 3 - Vorbehaltlich anders lautender Vertrags- oder Satzungsbestimmungen ist ausschließlich der Arbeitgeber als Erwerber der vermögensrechtlichen Befugnisse an den Computerprogrammen anzusehen, die von einem oder mehreren Angestellten oder Bediensteten in Wahrnehmung ihrer Aufgaben oder nach den Anweisungen ihres Arbeitgebers geschaffen werden.

Art. 4 - Das Urheberpersönlichkeitsrecht wird nach Artikel 6bis Absatz 1 der Berner Übereinkunft geregelt.

Art. 5 - Vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 6 und 7 umfassen die vermögensrechtlichen Befugnisse:

a) die dauerhafte oder vorübergehende Vervielfältigung, ganz oder teilweise, eines Computerprogramms mit jedem Mittel und in jeder Form. Soweit das Laden, Anzeigen, Ablaufen, Übertragen oder Speichern des Computerprogramms eine Vervielfältigung erforderlich macht, bedürfen diese Handlungen der Zustimmung des Rechteinhabers,

b) die Übersetzung, die Bearbeitung, das Arrangement und andere Umarbeitungen eines Computerprogramms und die Vervielfältigung der erzielten Ergebnisse, unbeschadet der Rechte der Person, die das Programm umarbeitet,

c) jede Form der öffentlichen Verbreitung des originalen Computerprogramms oder von Kopien davon, einschließlich der Vermietung und des Verleihs. Mit dem Erstverkauf einer Programmkopie in der Europäischen Union durch den Rechteinhaber oder mit seiner Zustimmung erschöpft sich in der Europäischen Union das Recht auf die Verbreitung dieser Kopie; ausgenommen hiervon ist jedoch das Recht auf Kontrolle der Weitervermietung und des Weiterverleihs des Programms oder einer Kopie davon.

Art. 6 - § 1 - In Ermangelung spezifischer Vertragsbestimmungen bedürfen die in Artikel 5 Buchstabe a) und b) genannten Handlungen nicht der Zustimmung des Rechteinhabers, wenn sie für eine bestimmungsgemäße Benutzung des Computerprogramms einschließlich der Fehlerberichtigung durch die Person, die zur Benutzung des Programms berechtigt ist, notwendig sind.

§ 2 - Die Vervielfältigung in Form einer Sicherungskopie durch die Person, die zur Benutzung des Programms berechtigt ist, darf nicht untersagt werden, wenn sie für die Benutzung erforderlich ist.

§ 3 - Die zur Verwendung eines Programms berechtigte Person kann, ohne die Zustimmung des Rechteinhabers einholen zu müssen, das Funktionieren dieses Programms beobachten, untersuchen oder testen, um die einem Programmelement zugrunde liegenden Ideen und Grundsätze zu ermitteln, wenn sie dies durch Handlungen zum Laden, Anzeigen, Ablaufen, Übertragen oder Speichern des Programms tut, zu denen sie berechtigt ist.

Art. 7 - § 1 - Die Zustimmung des Rechteinhabers ist nicht erforderlich, wenn die Vervielfältigung des Codes oder die Übersetzung der Codeform im Sinne des Artikels 5 Buchstabe a) und b) unerlässlich ist, um die erforderlichen Informationen zur Herstellung der Interoperabilität eines unabhängig geschaffenen Computerprogramms mit anderen Programmen zu erhalten, sofern folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Handlungen zur Vervielfältigung und Übersetzung werden von einer zur Verwendung einer Programmkopie berechtigten Person oder in deren Namen von einer hierzu ermächtigten Person vorgenommen.

b) Die für die Herstellung der Interoperabilität notwendigen Informationen sind für diese Person noch nicht ohne weiteres zugänglich gemacht.

c) Die Handlungen zur Vervielfältigung und Übersetzung beschränken sich auf die Teile des ursprünglichen Programms, die zur Herstellung der Interoperabilität notwendig sind.

§ 2 - Die Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphen erlauben nicht, dass die im Rahmen ihrer Anwendung gewonnenen Informationen:

a) zu anderen Zwecken als zur Herstellung der Interoperabilität des unabhängig geschaffenen Programms verwendet werden,

b) an Dritte weitergegeben werden, es sei denn, dass dies für die Interoperabilität des unabhängig geschaffenen Programms notwendig ist,

c) oder für die Entwicklung, Herstellung oder Vermarktung eines Programms mit im wesentlichen ähnlicher Ausdrucksform oder für irgendwelche anderen, das Urheberrecht verletzenden Handlungen verwendet werden.

§ 3 - Vorliegender Artikel kann nicht in einer Weise angewendet werden, die die rechtmäßigen Interessen des Rechteinhabers in unverletzbarer Weise beeinträchtigt oder im Widerspruch zur normalen Nutzung des Computerprogramms steht.

Art. 8 - Die Bestimmungen des Artikels 6 §§ 2 und 3 und des Artikels 7 sind verbindlich.

Art. 9 - Die urheberrechtliche Schutzdauer für Computerprogramme wird gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 über das Urheberrecht und ähnliche Rechte bestimmt.

Art. 10 - Verletzungen des Urheberrechts in Bezug auf ein Computerprogramm werden gemäß dem Gesetz geahndet.

[...]

[Art. 10 früherer Absatz 2 aufgehoben durch Art. 32 des G. vom 15. Mai 2007 (B.S. vom 18. Juli 2007)]

Art. 11 - [§ 1 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren und mit einer Geldbuße von 100 bis 100.000 EUR oder lediglich mit einer dieser Strafen wird belegt, wer die Kopie eines Computerprogramms in Verkehr bringt oder zu Handelszwecken besitzt und wusste oder berechtigterweise Grund zu der Annahme hatte, dass es sich um eine unerlaubte Kopie handelt, und wer Mittel in Verkehr bringt oder zu Handelszwecken besitzt, die allein dazu bestimmt sind, die unerlaubte Beseitigung oder Umgehung technischer Programmschutzmechanismen zu erleichtern.

Bei Rückfall innerhalb fünf Jahren nach einer formell rechtskräftigen Verurteilung wegen des gleichen Verstoßes wird das Höchstmaß der verwirkten Strafen verdoppelt.

§ 2 - Bei Verurteilung wegen Verstoß gegen § 1 kann der Richter die Einziehung der materiellen Träger, die Gegenstand des Verstoßes sind, anordnen.]

[Art. 11 ersetzt durch Art. 33 des G. vom 15. Mai 2007 (B.S. vom 18. Juli 2007)]

Art. 12 - Vorliegendes Gesetz ist auch anwendbar auf Computerprogramme, die vor seinem Inkrafttreten geschaffen wurden.

Es beeinträchtigt weder die aufgrund des Gesetzes oder aufgrund von Rechtshandlungen erworbenen Rechte noch die Nutzungshandlungen, die vor seinem Inkrafttreten erfolgten.

Art. 13 - [...]

[Art. 13 aufgehoben durch Art. 33 Nr. 3 des G. vom 10. Mai 2007 (B.S. vom 10. Mai 2007, Err. vom 14. Mai 2007)]

Art. 14 - [Abänderungsbestimmungen]

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2013/03012]

11 JANVIER 2013. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 21 juin 2010 fixant les conditions auxquelles doivent satisfaire les travaux relatifs aux dépenses faites en vue d'économiser l'énergie, pour entrer en ligne de compte pour la bonification d'intérêt pour les contrats de prêt destinés à financer ces dépenses

Avis du Conseil d'Etat, section de législation,
n° 52.395/1 du 11 décembre 2012

Le 19 novembre 2012, le Conseil d'Etat, section de législation, a été invité par le Ministre des Finances à communiquer un avis, dans un délai de trente jours, sur un projet d'arrêté royal 'modifiant l'arrêté royal du 21 juin 2010 fixant les conditions auxquelles doivent satisfaire les travaux relatifs aux dépenses faites en vue d'économiser l'énergie, pour entrer en ligne de compte pour la bonification d'intérêt pour les contrats de prêt destinés à financer ces dépenses'.

Le projet a été examiné par la première chambre le 11 décembre 2012. La chambre était composée de Marnix Van Damme, président de chambre, Wilfried Van Vaerenbergh et Jeroen Van Nieuwenhove, conseillers d'Etat, Michel Tison, assesseur, et Wim GEURTS, greffier.

Le rapport a été présenté par Frédéric Vanneste, auditeur.

L'avis, dont le texte suit, a été donné le 11 décembre 2012.

En application de l'article 84, § 3, alinéa 1^{er}, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, la section de législation s'est limitée à l'examen de la compétence de l'auteur de l'acte, du fondement juridique et de l'accomplissement des formalités prescrites.

Cet examen ne donne lieu à aucune observation.

Le greffier,
W. GEURTS

Le président,
M. VAN DAMME

11 JANVIER 2013. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 21 juin 2010 fixant les conditions auxquelles doivent satisfaire les travaux relatifs aux dépenses faites en vue d'économiser l'énergie, pour entrer en ligne de compte pour la bonification d'intérêt pour les contrats de prêt destinés à financer ces dépenses

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi de relance économique du 27 mars 2009, l'article 2, alinéa 3, inséré par la loi-programme du 23 décembre 2009;

Vu l'arrêté royal du 21 juin 2010 fixant les conditions auxquelles doivent satisfaire les travaux relatifs aux dépenses faites en vue d'économiser l'énergie, pour entrer en ligne de compte pour la bonification d'intérêt pour les contrats de prêt destinés à financer ces dépenses;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C – 2013/03012]

11 JANUARI 2013. — Koninklijk besluit tot wijziging van koninklijk besluit van 21 juni 2010 tot vaststelling van de voorwaarden waaraan de werken in verband met energiebesparende uitgaven moeten voldoen om in aanmerking te komen voor de intrestbonificatie voor leningovereenkomsten bestemd voor de financiering van deze uitgaven

Advies van Raad van State, afdeling Wetgeving,
nr. 52.395/1 van 11 december 2012

Op 19 november 2012 is de Raad van State, afdeling Wetgeving, door de Minister van Financiën verzocht binnen een termijn van dertig dagen een advies te verstrekken over een ontwerp van koninklijk besluit 'tot wijziging van koninklijk besluit van 21 juni 2010 tot vaststelling van de voorwaarden waaraan de werken in verband met energiebesparende uitgaven moeten voldoen om in aanmerking te komen voor de intrestbonificatie voor leningovereenkomsten bestemd voor de financiering van deze uitgaven'.

Het ontwerp is door de eerste kamer onderzocht op 11 december 2012. De kamer was samengesteld uit Marnix Van Damme, kamervoorzitter, Wilfried Van Vaerenbergh en Jeroen Van Nieuwenhove, staatsraden, Michel Tison, assessor, en Wim Geurts, griffier.

Het verslag is uitgebracht door Frédéric Vanneste, auditeur.

Het advies, waarvan de tekst hierna volgt, is gegeven op 11 december 2012.

Met toepassing van artikel 84, § 3, eerste lid, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, heeft de afdeling Wetgeving zich beperkt tot het onderzoek van de bevoegdheid van de steller van de handeling, van de rechtsgrond, alsmede van de vraag of aan de te vervullen vormvereisten is voldaan.

Dat onderzoek geeft geen aanleiding tot opmerkingen.

De griffier,
W. GEURTS

De voorzitter,
M. VAN DAMME

11 JANUARI 2013. — Koninklijk besluit tot wijziging van koninklijk besluit van 21 juni 2010 tot vaststelling van de voorwaarden waaraan de werken in verband met energiebesparende uitgaven moeten voldoen om in aanmerking te komen voor de intrestbonificatie voor leningovereenkomsten bestemd voor de financiering van deze uitgaven

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de economische herstellwet van 27 maart 2009, artikel 2, derde lid, ingevoegd bij de programmawet van 23 december 2009;

Gelet op het koninklijk besluit van 21 juni 2010 tot vaststelling van de voorwaarden waaraan de werken in verband met energiebesparende uitgaven moeten voldoen om in aanmerking te komen voor de intrestbonificatie voor leningovereenkomsten bestemd voor de financiering van deze uitgaven;